Wirtschaftslage Mittelstand in Österreich

Herbst 2026

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung

INHALT **SEITE**

1 Das Geschäftsklima im österreichischen Mittelstand 1

2 Das konjunkturelle Umfeld im Einzelnen 6

2.1 Auftragseingänge 6

2.2 Angebotspreise 8

2.3 Umsatzentwicklung 11

2.4 Personalsituation 14

2.5 Investitionen 17

3 Die Finanzierung des Mittelstandes 19

3.1 Erträge 19

3.2 Eigenkapitalsituation 22

3.3 Insolvenzen im Mittelstand 23

3.4 Zahlungsweise der Kunden 26

4 Einschätzung der Wirtschaftspolitik 28

5 Zusammenfassung 30

6 Basis der Untersuchung 33

1 Das Geschäftsklima im österreichischen Mittelstand

Leichter Aufschwung zu erwarten

Trotz der Verwerfungen an den internationalen Energiemärkten dürfte die österreichische Wirtschaft heuer leicht wachsen. Die Österreichische Nationalbank (OeNB) erwartet in ihrer jüngsten Prognose für 2026 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,5 Prozent. Damit erholt sich die Konjunktur weiterhin nur langsam von der Wirtschaftskrise der Jahre 2023 und 2024, in denen das BIP geschrumpft war. Im Jahr 2025 war die Wirtschaftsleistung um 0,7 Prozent leicht gewachsen.

Die aktuelle konjunkturelle Belebung ist allerdings noch nicht breit abgestützt und wird vor allem von der Auslandsnachfrage sowie der Industrie getragen. Die Entwicklung der Industrie hängt jedoch stark von weltwirtschaftlichen Faktoren, insbesondere den Energiepreisen, ab. Die Abwärtsrisiken bleiben angesichts des Nahostkonflikts und seiner möglichen wirtschaftlichen Folgen erheblich.

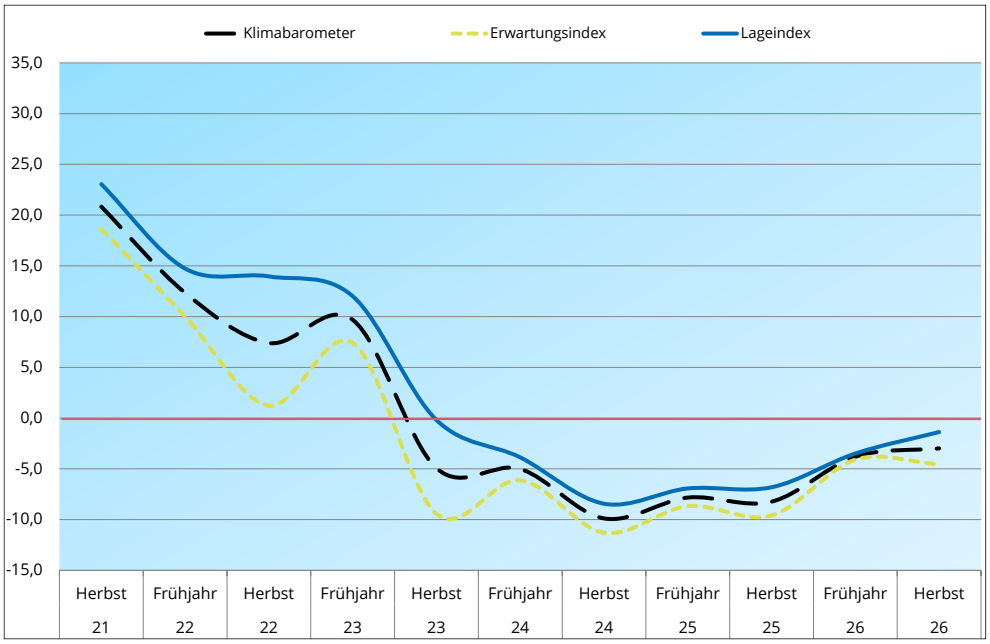
Der private Konsum bleibt hingegen unter Druck. Die Inflationsrate liegt weiterhin bei über 3 Prozent, während sich die Lage am Arbeitsmarkt angespannt zeigt. Mit einer Arbeitslosenquote von deutlich über 7 Prozent weist Österreich eine vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit auf. Auch das hohe Staatsdefizit dürfte die Konjunkturerholung bremsen. Zur Stabilisierung des Staatshaushalts sind weitere Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich. Vor diesem Hintergrund sind vom privaten Konsum derzeit kaum Wachstumsimpulse zu erwarten. Angesichts der schwachen Binnenkonjunktur und der begrenzten finanzpolitischen Spielräume dürfte die Wirtschaftsentwicklung auch in den kommenden Monaten verhalten bleiben.

Geschäftsklima im Mittelstand bleibt im Keller

Auch für die mittelständischen Unternehmen bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schwierig. Von einem nachhaltigen Aufschwung ist die Branche weiterhin weit entfernt. Das Creditreform Klimabarometer für die mittelständische Wirtschaft liegt auch

im Herbst 2026 im negativen Bereich. Die Umfragedaten der Creditreform Wirtschaftsforschung zeigen lediglich eine leichte Verbesserung. Sowohl die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage als auch die Erwartungen haben sich gegenüber dem Herbst 2025 zwar etwas aufgehellt, mit einem aktuellen Wert von minus 3,0 Punkten (Herbst 2025: minus 8,2 Punkte) signalisiert das Geschäftsklima jedoch weiterhin eine angespannte wirtschaftliche Stimmung.

Klimabarometer Gesamtwirtschaft



Tab. 1: Creditreform Klimabarometer[1]

	Klimabarometer		
	Herbst 2026	Frühjahr 2026	Herbst 2025
Verarb. Gewerbe	- 0,4	- 2,6	- 9,9
Baugewerbe	- 5,3	- 7,5	- 11,7
Handel	- 6,7	- 3,1	- 10,0
Dienstleistungen	0,2	- 1,9	- 3,2
Gesamt	***- 3,0***	***- 3,8***	***- 8,2***

Angaben in Indexpunkten

[1] Das Creditreform Klimabarometer basiert auf einer Umfrage unter mittelständischen Betrieben in Österreich. Der Index setzt sich zusammen aus den Einschätzungen der Befragten zum eigenen Betrieb, zur eigenen Branche sowie zur konjunkturellen Lage allgemein. Dabei fließen in die Gesamtbewertung des Konjunkturklimas sowohl die Äußerungen zur aktuellen Lage als auch zur zukünftigen Entwicklung ein. Aus den positiven und negativen Antworten werden jeweils Salden gebildet, die wiederum die Berechnungsgrundlage für den Gesamtindex bilden. Das Klimabarometer zielt in erster Linie auf die Stimmung im Mittelstand ab. Dagegen wird in Abschnitt 2 gezielt auf die Entwicklung von Umsatzzahlen, Auftragseingängen und der Personalsituation eingegangen.

Der Blick auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche zeigt: Ein klarer Wachstumsmotor ist bislang nicht erkennbar. Vor allem im Baugewerbe und im Handel überwiegt weiterhin die negative Stimmung (vgl. Tab. 1). Mit einem Geschäftsklimaindex von minus 5,3 Punkten im Baugewerbe und minus 6,7 Punkten im Handel haben sich die Einschätzungen in beiden Bereichen im Vergleich zu 2025 allerdings etwas verbessert. Die Talsohle dürfte damit möglicherweise durchschritten sein. Für eine Entwarnung ist es jedoch noch zu früh.

Im Dienstleistungssektor hat sich die Stimmung wieder leicht in den positiven Bereich bewegt. Der Geschäftsklimaindex stieg auf plus 0,2 Punkte, nachdem er im Vorjahr noch bei minus 3,2 Punkten gelegen hatte. Auch im Verarbeitenden Gewerbe zeichnet sich eine vorsichtige Verbesserung ab. Mit minus 0,4 Punkten liegt der Geschäftsklimaindex hier nur noch knapp unter der Nulllinie. Im Vorjahr hatte er noch minus 9,9 Punkte betragen.

Lageeinschätzungen seit drei Jahren negativ

Die mittelständischen Unternehmen beurteilten ihre aktuelle Geschäftslage weiterhin überwiegend negativ (vgl. Tab. 2). Im Herbst 2026 liegt der Lageindex mit minus 1,4 Punkten zwar über dem Vorjahreswert von minus 6,8 Punkten, dennoch bleiben die Lageeinschätzungen – wie bereits seit drei Jahren – im negativen Bereich.

Tab. 2: Lageindex

	Lageindex		
	Herbst 2026	Frühjahr 2026	Herbst 2025
Verarb. Gewerbe	- 1,7	- 1,5	- 9,0
Baugewerbe	- 0,8	- 7,5	- 8,3
Handel	- 5,6	- 1,7	- 8,9
Dienstleistungen	1,4	- 2,7	- 2,3
Gesamt	***- 1,4***	***- 3,5***	***- 6,8***

Angaben in Indexpunkten

Mit Ausnahme des Dienstleistungssektors bleibt die Stimmung in allen Wirtschaftsbereichen negativ. Besonders im Handel beurteilten die Unternehmen die aktuelle Geschäftslage mehrheitlich schlecht.

Im Verarbeitenden Gewerbe zeigt sich hingegen eine deutliche Aufhellung: Der Lageindex verbesserte sich innerhalb eines Jahres von minus 9,0 auf minus 1,7 Punkte. Auch im Baugewerbe zeichnet sich eine Erholung ab. Hier stieg der Lageindex von minus 8,3 auf minus 0,8 Punkte.

Der Dienstleistungssektor hat den Sprung in den positiven Bereich bereits geschafft. Nachdem die Einschätzungen der Unternehmen im Vorjahr noch überwiegend negativ ausgefallen waren, stieg der Lageindex wieder auf plus 1,4 Punkte. Von den früheren Werten ist er allerdings noch deutlich entfernt.

Wirtschaftsaufschwung ohne den Mittelstand?

Auch wenn die aktuellen Konjunkturprognosen für Österreich für 2026 ein Wirtschaftswachstum erwarten lassen, dürfte der Aufschwung am Mittelstand weitgehend vorbeigehen. Die Geschäftserwartungen der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bleiben pessimistisch. Der Index der Geschäftserwartungen liegt mit minus 4,6 Punkten weiterhin im negativen Bereich, hat sich gegenüber dem Vorjahreswert von minus 9,6 Punkten allerdings etwas verbessert.

Tab. 3: Erwartungsindex

	Erwartungsindex		
	Herbst 2026	Frühjahr 2026	Herbst 2025
Verarb. Gewerbe	0,9	- 3,6	- 10,9
Baugewerbe	- 9,5	- 7,6	- 14,8
Handel	- 7,8	- 4,5	- 11,0
Dienstleistungen	- 0,8	- 1,1	- 4,1
Gesamt	***- 4,6***	***- 4,1***	***- 9,6***

Angaben in Indexpunkten

Mit Ausnahme des Verarbeitenden Gewerbes überwiegt in allen Wirtschaftsbereichen erneut eine pessimistische Grundstimmung. Besonders auffällig ist

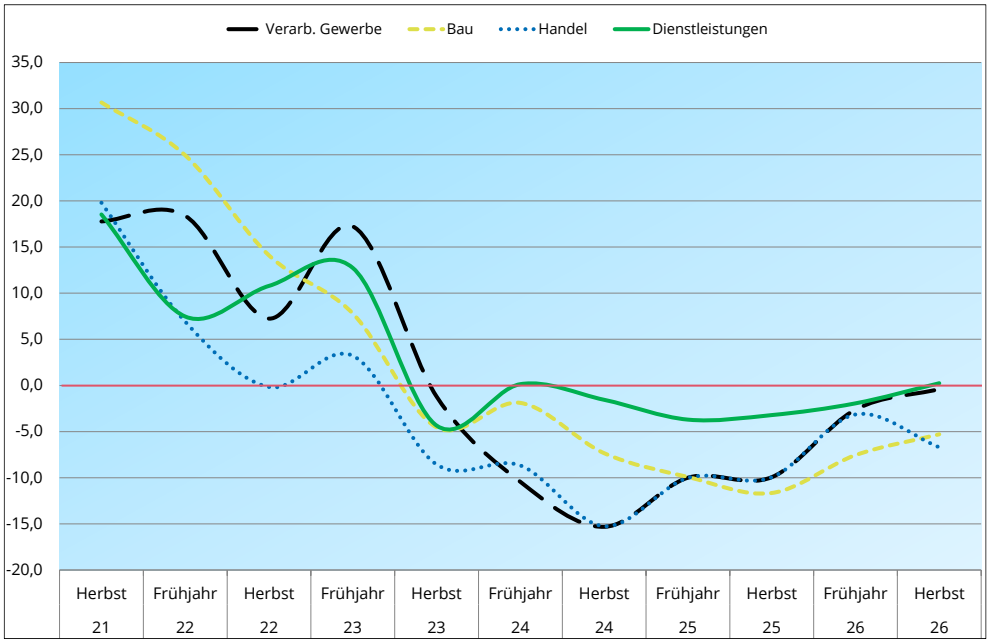
die anhaltend schlechte Einschätzung der Geschäftserwartungen im Baugewerbe und im Handel. So liegt der Erwartungsindex im Baugewerbe mit minus 9,5 Punkten weiterhin deutlich im negativen Bereich. Auch im Handel (minus 7,8 Punkte) ist ein Konjunkturaufschwung noch nicht in Sicht.

Etwas positiver entwickelten sich die Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe. Nach Jahren der Krise blickt die Branche wieder vorsichtig zuversichtlich in die Zukunft. Der Erwartungsindex liegt bei plus 0,9 Punkten, nachdem er im Vorjahr noch minus 10,9 Punkte betragen hatte.

Auch im Dienstleistungssektor zeichnet sich eine leichte Verbesserung der Geschäftserwartungen ab. Mit einem Indexwert von minus 0,8 Punkten überwiegen jedoch weiterhin die pessimistischen Einschätzungen. Die Entwicklung deutet allerdings auf eine allmähliche Stimmungsaufhellung hin.

Der Trend zeigt zwar leicht nach oben, das Geschäftsklima bleibt in den vier betrachteten Wirtschaftsbereichen jedoch weiterhin schwach und großteils negativ. Die verhaltenen Geschäftserwartungen lassen bislang keinen nachhaltigen Aufschwung erkennen.

Klimabarometer Hauptwirtschaftsbereiche

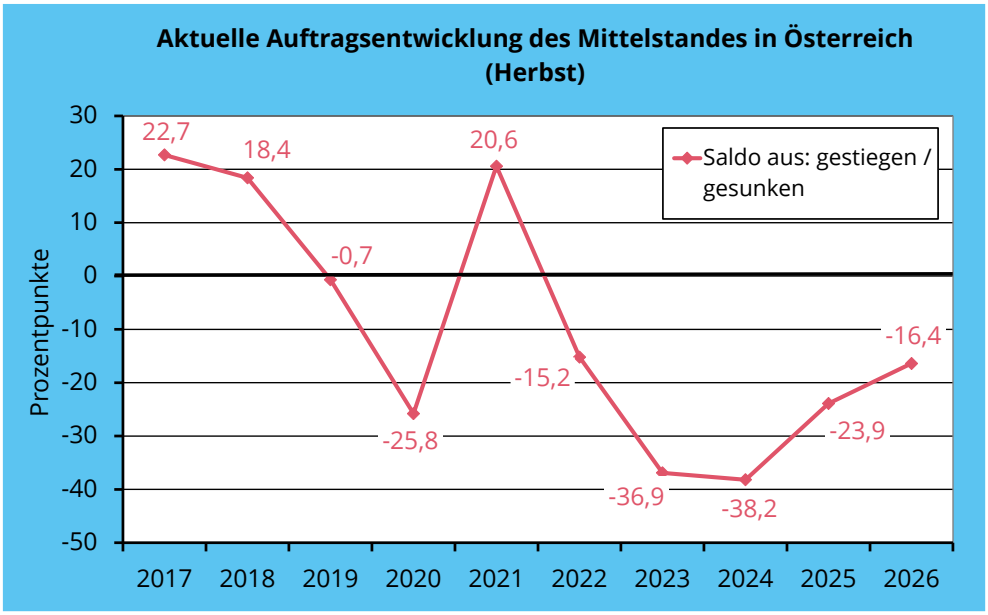


■ 2 Das konjunkturelle Umfeld im Einzelnen

2.1 Auftragseingänge

Ruhige Auftragslage

Die Auftragslage im Mittelstand blieb auch in den vergangenen Monaten angespannt. Rund ein Drittel der befragten Unternehmen (33,6 Prozent) verzeichnete rückläufige Auftragseingänge, während lediglich 17,2 Prozent von einer Verbesserung berichteten. Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Auftragseingängen liegt mit minus 16,4 Punkten weiterhin im negativen Bereich.



Tab. 4: Auftragseingänge

■	gestiegen	stabil	gesunken
Verarb. Gewerbe	22,4 (15,0)	37,3 (44,0)	31,3 (37,0)
Baugewerbe	14,1 (7,7)	44,7 (43,6)	35,3 (43,6)
Handel	17,6 (11,4)	38,2 (41,2)	38,2 (40,4)
Dienstleistungen	16,2 (15,9)	39,9 (47,6)	30,4 (29,4)
Gesamt	**17,2 (12,9)**	**40,0 (44,3)**	**33,6 (36,8)**

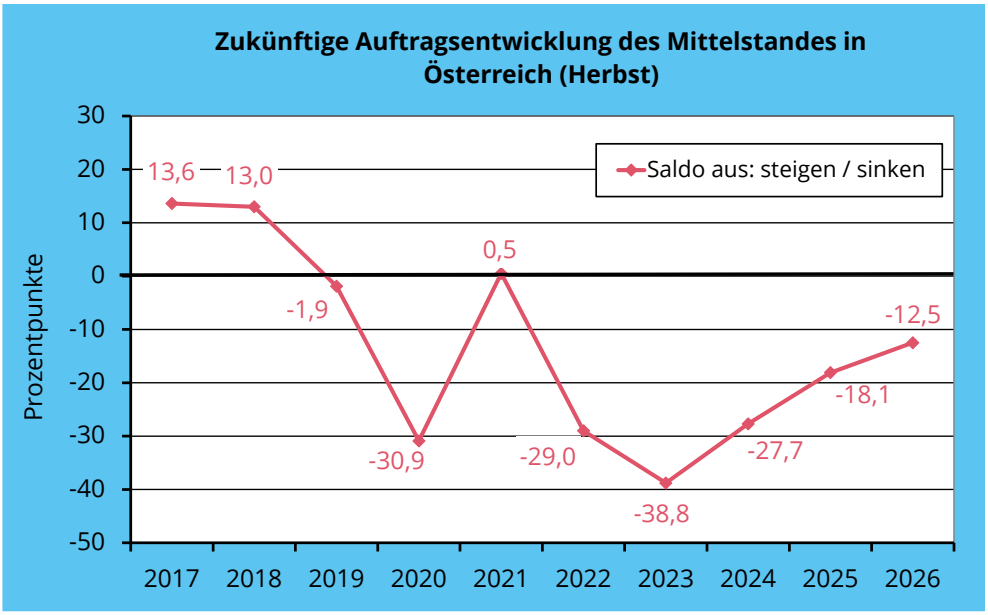
Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die Auftragslage wird zwar weniger negativ beurteilt als im Vorjahr, als noch 36,8 Prozent der befragten Unternehmen rückläufige Auftragseingänge verzeichneten, dennoch überwiegen auch heuer die Unternehmen, die von gesunkenen Auftragseingängen

berichteten. Dies zeigt sich in allen vier betrachteten Wirtschaftsbereichen.

Besonders angespannt ist die Lage im Handel: Hier meldeten 38,2 Prozent der Befragten rückläufige Auftragseingänge. Im Baugewerbe lag dieser Anteil bei 35,3 Prozent und im Dienstleistungssektor hat sich der Anteil der Unternehmen, die eine Verschlechterung der Auftragslage verzeichneten, sogar erhöht und beträgt nun 30,4 Prozent.

Eine leichte Trendwende zeichnet sich hingegen im Verarbeitenden Gewerbe ab. Immerhin 22,4 Prozent der Unternehmen berichteten von steigenden Auftragseingängen – deutlich mehr als im Vorjahr, als dieser Anteil noch bei 15,0 Prozent gelegen hatte. Auch im Baugewerbe und im Handel stieg der Anteil der Unternehmen mit wachsenden Auftragseingängen – allerdings nur auf 17,6 bzw. 14,1 Prozent.



Wie beurteilen die Unternehmen die weitere Entwicklung? Das Ergebnis zeigt: Für den Mittelstand ist die wirtschaftliche Schwächephase noch nicht überwunden. Auch in den kommenden Monaten dürften Auftragssteigerungen die Ausnahme bleiben. Die befragten Unternehmen blicken überwiegend pessimistisch auf die künftige Auftragsentwicklung. 25,9 Prozent rechnen mit rückläufigen Auftragseingängen,

Auftragserwartungen: Trendwende lässt auf sich warten

während lediglich 13,4 Prozent einen Anstieg erwarten. Der Saldo aus positiven und negativen Auftragserwartungen liegt deshalb weiterhin im negativen Bereich.

Tab. 5: Auftragserwartungen

■	steigen	stabil bleiben	sinken
Verarb. Gewerbe	14,9 (8,0)	46,3 (56,0)	20,9 (26,0)
Baugewerbe	10,6 (6,4)	43,5 (50,0)	36,5 (34,6)
Handel	9,8 (12,3)	49,0 (47,4)	26,5 (34,2)
Dienstleistungen	16,9 (14,3)	41,9 (47,6)	21,6 (23,0)
Gesamt	**13,4 (10,8)**	**44,8 (50,0)**	**25,9 (28,9)**

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die Auftragserwartungen im Mittelstand haben sich nur geringfügig verbessert und bleiben überwiegend pessimistisch. Besonders ausgeprägt ist die Zurückhaltung im Handel: Nur knapp 10 Prozent der Befragten rechnen hier mit einer Verbesserung der Auftragslage (Vorjahr: 12,3 Prozent). Weniger pessimistisch als im Vorjahr zeigen sich das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe. Doch auch in diesen Bereichen sind die Unternehmen, die mit steigenden Auftragseingängen rechnen, weiterhin in der Minderheit. Auch vom Dienstleistungssektor sind bislang keine nennenswerten Wachstumsimpulse zu erwarten.

2.2 Angebotspreise

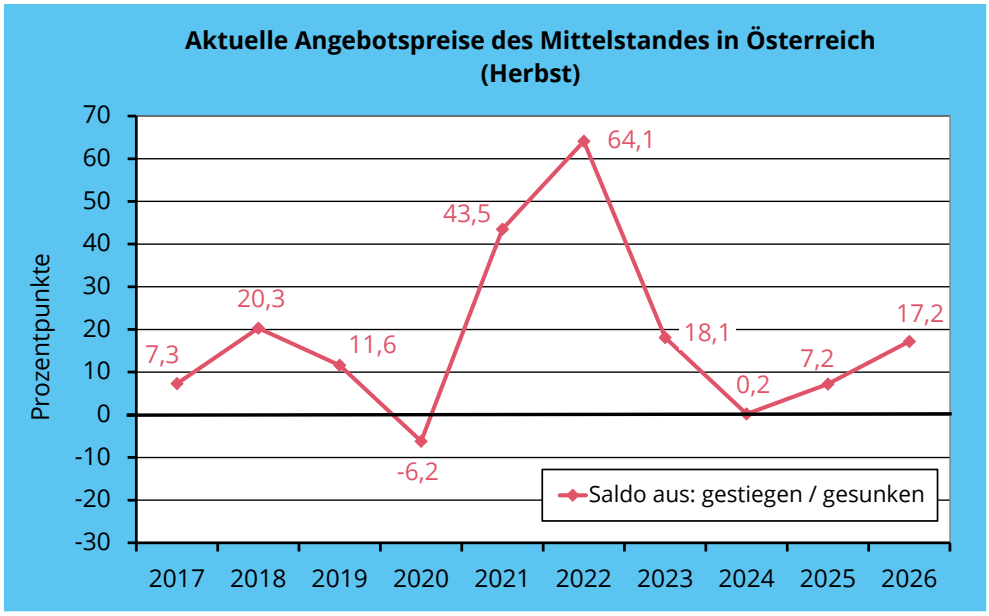
Steigende Preise trotz schwacher Nachfrage

Trotz der verhaltenen Auftragslage steigen die Angebotspreise weiter. Die mittelständischen Unternehmen sehen sich mit Kostensteigerungen – etwa bei Kraftstoffen – konfrontiert, die sie zumindest teilweise an ihre Kunden weitergeben müssen. Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Angebotspreisen erhöhte sich auf plus 17,2 Punkte und erreichte damit den höchsten Stand seit 2023. Knapp 30 Prozent der befragten Unternehmen meldeten Preiserhöhungen, während 12,2 Prozent ihre Angebotspreise gesenkt hatten.

Tab. 6: Angebotspreise

■	gestiegen	gleich	gesunken
Verarb. Gewerbe	23,9 (17,0)	52,2 (61,0)	9,0 (12,0)
Baugewerbe	32,9 (15,4)	42,4 (44,9)	16,5 (29,5)
Handel	24,5 (28,1)	46,1 (51,8)	18,6 (14,9)
Dienstleistungen	33,1 (28,6)	42,6 (51,6)	6,8 (11,9)
Gesamt	**29,4 (23,2)**	**45,0 (52,6)**	**12,2 (16,0)**

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

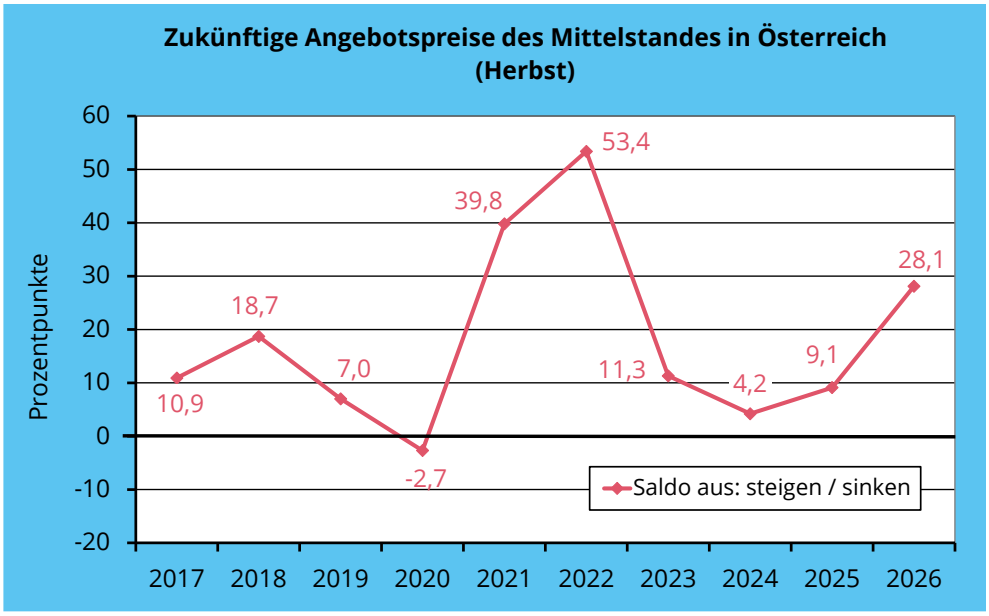


Vor allem im Dienstleistungssektor sind die Angebotspreise in den vergangenen Monaten gestiegen. Rund ein Drittel der Befragten (33,1 Prozent) hat hier seine Preise zuletzt erhöht. Auch im Baugewerbe sah sich knapp ein Drittel der Unternehmen (32,9 Prozent) zu Preiserhöhungen veranlasst. Weniger stark fiel der Preisanstieg im Handel aus: Hier meldete rund ein Viertel der Unternehmen (24,5 Prozent) höhere Angebotspreise. Und auch im Verarbeitenden Gewerbe erhöhten nicht ganz so viele Betriebe ihre Preise (23,9 Prozent).

Die Inflation im Euroraum liegt weiterhin über dem mittelfristigen Zielwert der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2 Prozent und auch in Österreich sind die Verbraucherpreise zuletzt deutlich gestiegen: Im September 2026 lag die Inflationsrate beispielsweise bei 3,6 Prozent. Angesichts der anhaltenden Krise im Nahen Osten erscheint eine baldige Rückkehr zu

deutlich niedrigeren Inflationsraten wenig wahrscheinlich.

Die Unternehmen rechnen bereits mit weiteren Preissteigerungen. 35,6 Prozent der Befragten planen, ihre Angebotspreise in den kommenden Monaten anzuheben. Lediglich 7,5 Prozent beabsichtigen Preissenkungen. Damit dürfte sich der Preisauftrieb weiter verstärken und es könnten „Zweitrundeneffekte“ entstehen. Der Saldo aus erwarteten Preiserhöhungen und -senkungen stieg auf plus 28,1 Punkte.



Tab. 7: Zukünftige Angebotspreise

■	steigen	gleich bleiben	sinken
Verarb. Gewerbe	35,8 (21,0)	35,8 (60,0)	9,0 (12,0)
Baugewerbe	30,6 (16,7)	45,9 (53,8)	10,6 (21,8)
Handel	33,3 (24,6)	44,1 (57,0)	6,9 (7,9)
Dienstleistungen	39,9 (19,8)	35,1 (57,9)	5,4 (8,7)
Gesamt	**35,6 (20,8)**	**39,8 (57,4)**	**7,5 (11,7)**

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

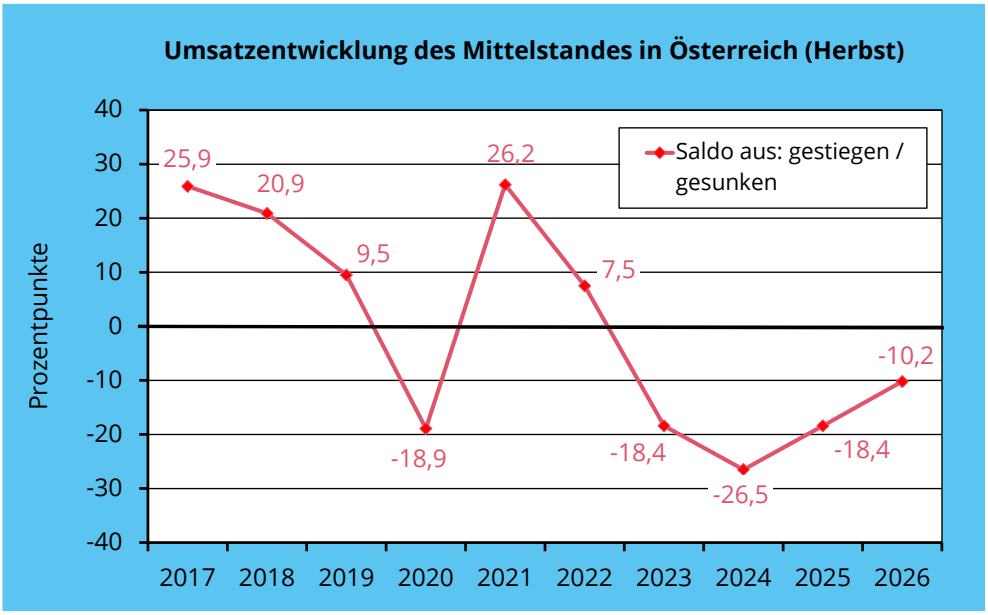
Preiserhöhungen sind vor allem im Dienstleistungssektor geplant: Knapp 40 Prozent der befragten Unternehmen kündigten höhere Preise an – ein deutlich größerer Anteil als im Vorjahr (19,8 Prozent). Im Han-

del planen 33,3 Prozent der Unternehmen Preiserhöhungen, im Verarbeitenden Gewerbe sind es 35,8 Prozent. Im Baugewerbe hat sich der Preistrend hingegen gewendet. Während im Vorjahr noch 21,8 Prozent der Unternehmen Preissenkungen planten, sind es heuer nur noch 10,6 Prozent. Gleichzeitig beabsichtigen drei von zehn befragten Unternehmen (30,6 Prozent), ihre Preise anzuheben. Preissenkungen spielen damit auch in den meisten anderen Wirtschaftsbereichen nur eine untergeordnete Rolle.

2.3 Umsatzentwicklung

Umsatzeinbußen überwiegen

Die mittelständischen Unternehmen dürften mit der Umsatzentwicklung der vergangenen Monate wenig zufrieden sein. 30,6 Prozent der Befragten verzeichneten Umsatzrückgänge. Dieser Anteil liegt zwar unter dem Vorjahreswert von 34,4 Prozent, dennoch bleiben Umsatzsteigerungen die Ausnahme. Lediglich 20,4 Prozent der Unternehmen meldeten ein Umsatzplus (Vorjahr: 16,0 Prozent). Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Umsätzen liegt mit minus 10,2 Punkten weiterhin im negativen Bereich.



Überdurchschnittlich häufig war der Handel von Umsatzrückgängen betroffen: 39,2 Prozent der Befragten mussten hier Einbußen hinnehmen. Auch aus dem Baugewerbe kommen erneut überwiegend ne-

gative Nachrichten. Lediglich 15,3 Prozent der Unternehmen verzeichneten hier Umsatzsteigerungen, während gut ein Drittel (34,1 Prozent) Umsatzrückgänge meldete.

Tab. 8: Umsatzentwicklung

■	gestiegen	gleich	gesunken
Verarb. Gewerbe	23,9 (19,0)	43,3 (45,0)	25,4 (28,0)
Baugewerbe	15,3 (10,3)	43,5 (43,6)	34,1 (43,6)
Handel	18,6 (12,3)	31,4 (41,2)	39,2 (37,7)
Dienstleistungen	23,0 (20,6)	36,5 (38,9)	25,0 (31,0)
Gesamt	**20,4 (16,0)**	**37,8 (41,9)**	**30,6 (34,4)**

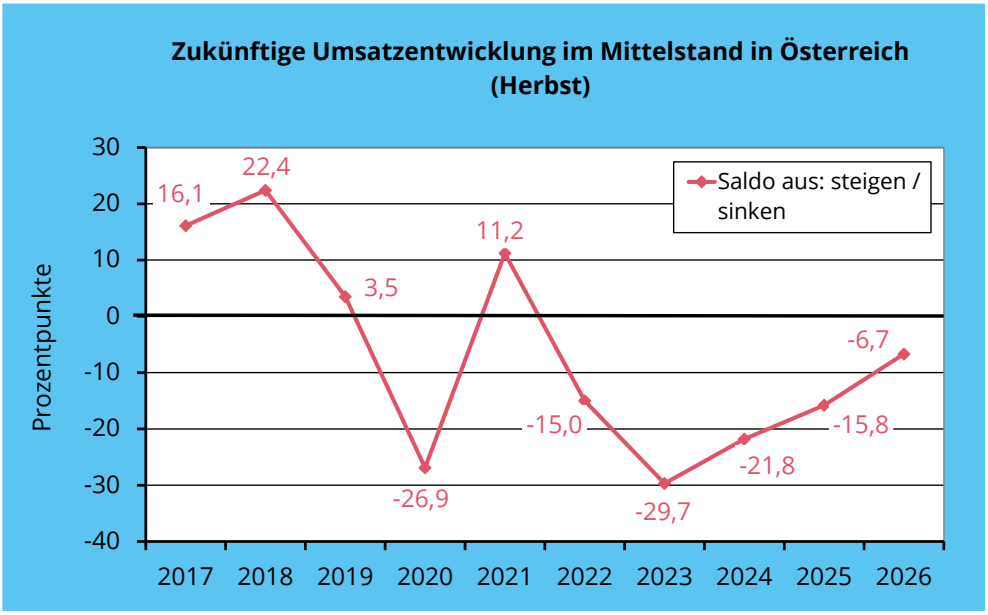
Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Etwas positiver entwickelte sich der Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe. 23,9 Prozent der Unternehmen und damit fast jedes vierte meldeten ein Umsatzplus. Umsatzrückgänge verzeichneten hier 25,4 Prozent. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Dienstleistungsgewerbe.

Trend reicht noch nicht für kräftiges Wachstum

Zwar zeigt die Trendkurve der Umsatzerwartungen wieder nach oben, insgesamt bleibt der Mittelstand mit Blick auf die weitere Entwicklung jedoch skeptisch. Nur 17,2 Prozent der Befragten rechnen mit einem Umsatzplus. Damit liegt der Anteil immerhin etwas über dem Wert der Vorjahresumfrage von 12,2 Prozent.

Umsatzrückgänge erwarten 23,9 Prozent der Befragten. Im Vorjahr lag dieser Anteil noch bei 28,0 Prozent. Der Saldo aus positiven und negativen Umsatzerwartungen bleibt damit zwar im negativen Bereich, mit minus 6,7 Punkten erreichte er jedoch den besten Wert seit 2021. Ein nennenswertes Wirtschaftswachstum ist damit allerdings noch nicht zu erwarten.



Tab. 9: Umsatzerwartungen

■	steigen	bleiben stabil	sinken
Verarb. Gewerbe	20,9 (11,0)	40,3 (53,0)	22,4 (27,0)
Baugewerbe	10,6 (10,3)	44,7 (44,9)	35,6 (35,9)
Handel	12,7 (13,2)	46,1 (44,7)	26,5 (31,6)
Dienstleistungen	22,3 (13,5)	39,9 (50,8)	16,2 (20,6)
Gesamt	**17,2 (12,2)**	**42,5 (48,6)**	**23,9 (28,0)**

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Weiterhin pessimistisch sind die Umsatzerwartungen im Baugewerbe. Nur 10,6 Prozent der Befragten rechnen hier mit einem Umsatzplus – kaum mehr als im Vorjahr. Mehr als ein Drittel (35,6 Prozent) erwartet hingegen sinkende Umsätze. Auch im Handel ist von Zuversicht noch wenig zu spüren. Lediglich 12,7 Prozent der Befragten, also etwa jeder Achte, rechnen mit steigenden Umsätzen – 26,5 Prozent erwarten dagegen einen Rückgang.

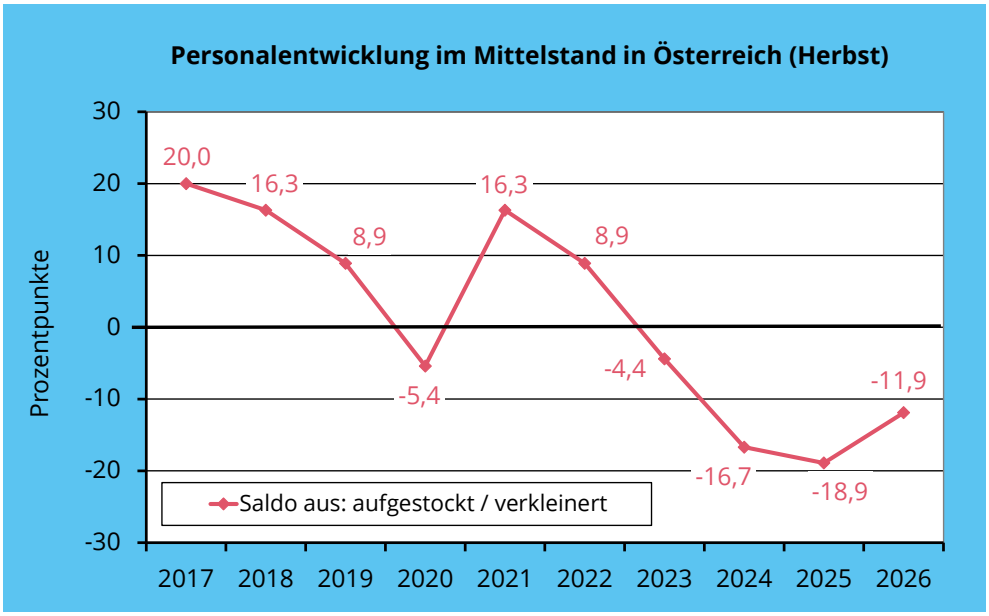
Im Verarbeitenden Gewerbe kehrt die Zuversicht hingegen langsam zurück. 20,9 Prozent der Unternehmen rechnen hier in den kommenden Monaten mit einer besseren Umsatzentwicklung. Im Vorjahr lag dieser Anteil noch bei 11,0 Prozent. Im Dienstleistungsgewerbe überwiegt sogar der Anteil der Optimisten: 22,3 Prozent der Befragten erwarten hier ein

Umsatzplus – deutlich mehr als im Vorjahr (13,5 Prozent). Zugleich ist der Anteil der Pessimisten, die mit sinkenden Umsätzen rechnen, von 20,6 auf 16,2 Prozent zurückgegangen.

2.4 Personalsituation

Personalabbau setzt sich fort

Die Zahl der Arbeitslosen stieg nach Angaben des österreichischen Arbeitsmarktservice (AMS) im September 2026 um rund 7.400 auf insgesamt 306.624 Personen. Damit lag sie deutlich über dem Durchschnitt der Vorjahre. Auch im Mittelstand wurden zuletzt Stellen abgebaut: Jedes vierte befragte Unternehmen (25,1 Prozent) meldete einen Personalabbau. Dieser Anteil liegt zwar unter dem Vorjahreswert von 29,7 Prozent, aber per Saldo gingen im Mittelstand erneut Arbeitsplätze verloren, denn nur 13,2 Prozent der Unternehmen stockten ihre Belegschaft auf. Der Saldo aus positiven und negativen Beschäftigungsmeldungen liegt bereits seit vier Jahren im negativen Bereich und signalisiert damit einen anhaltenden Beschäftigungsabbau.



Vom Personalabbau ist vor allem das Verarbeitende Gewerbe betroffen. 38,8 Prozent der Unternehmen in diesem Wirtschaftsbereich haben ihre Beschäftigtenzahl verringert. Jedes fünfte Unternehmen (19,4 Prozent) stockte hingegen sein Personal auf. Damit

waren mehr Unternehmen als im Vorjahr von Personalabbau betroffen, zugleich erhöhten aber auch mehr Betriebe ihre Beschäftigtenzahl.

Tab. 10: Personalbestand

■	aufgestockt	unverändert	verkleinert
Verarb. Gewerbe	19,4 (8,0)	34,3 (59,0)	38,8 (29,0)
Baugewerbe	14,1 (9,0)	56,5 (52,6)	21,2 (35,9)
Handel	10,8 (8,8)	55,9 (57,9)	22,5 (29,8)
Dienstleistungen	11,5 (15,9)	51,4 (51,6)	23,0 (26,2)
Gesamt	**13,2 (10,8)**	**50,7 (55,3)**	**25,1 (29,7)**

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Auch im mittelständischen Baugewerbe gingen per Saldo Arbeitsplätze verloren. Zwar stockte etwa jedes siebte Unternehmen (14,1 Prozent) seine Belegschaft auf, allerdings meldeten auch 21,2 Prozent der Befragten einen Personalabbau. Auch im Handel und im Dienstleistungsgewerbe zeigt sich eine ähnliche Entwicklung.

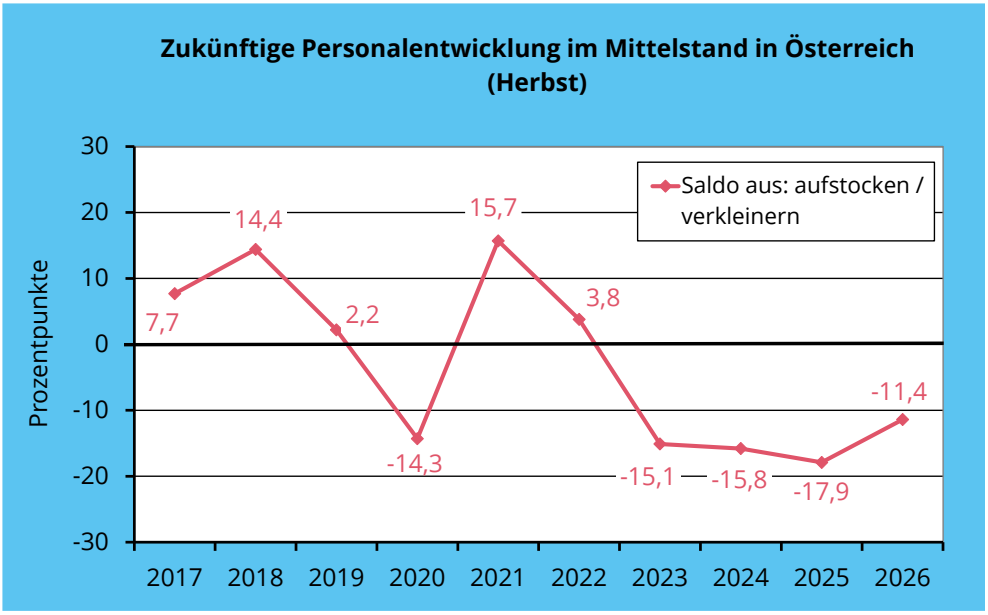
Weiter große Zurückhaltung bei Neueinstellungen

In den kommenden Monaten dürften im Mittelstand kaum neue Stellen entstehen. Neueinstellungen planen lediglich 9,5 Prozent der Befragten. In der Mehrheit der Unternehmen (54,2 Prozent) soll der Personalbestand unverändert bleiben. Gut ein Fünftel (20,9 Prozent) beabsichtigt hingegen, Arbeitsplätze abzubauen. Der Saldo der Personalpläne verbesserte sich zwar leicht auf minus 11,4 Prozentpunkte, bleibt aber weiterhin im negativen Bereich.

Tab. 11: Personalentwicklung im nächsten Halbjahr

■	aufstocken	unverändert lassen	verkleinern
Verarb. Gewerbe	9,0 (11,0)	52,2 (53,0)	22,4 (28,0)
Baugewerbe	5,9 (3,8)	58,8 (62,8)	28,2 (25,6)
Handel	6,9 (4,4)	61,8 (62,3)	15,7 (23,7)
Dienstleistungen	13,5 (8,7)	47,3 (51,6)	19,6 (23,8)
Gesamt	**9,5 (7,2)**	**54,2 (56,9)**	**20,9 (25,1)**

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben



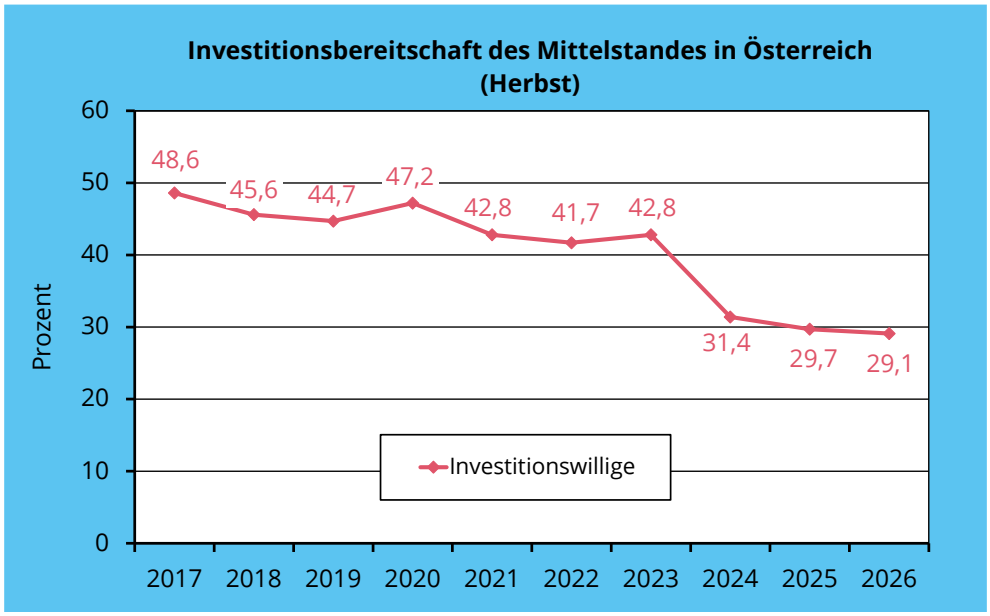
Die Beschäftigung dürfte in allen mittelständischen Wirtschaftsbereichen rückläufig sein. Besonders im Baugewerbe planen überdurchschnittlich viele Unternehmen (28,2 Prozent) einen Stellenabbau. Im Handel sind hingegen nur bei 15,7 Prozent der Unternehmen Stellenstreichungen vorgesehen.

Doch auch im Handel ist kein Beschäftigungszuwachs zu erwarten, denn lediglich 6,9 Prozent der Unternehmen planen, im kommenden Halbjahr zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. In den übrigen Wirtschaftsbereichen zeigt sich ein ähnliches Bild: Im Baugewerbe rechnen nur 5,9 Prozent der Befragten mit einem steigenden Personalbestand und im Verarbeitenden Gewerbe sind es 9,0 Prozent. Etwas höher fällt der künftige Personalbedarf im Dienstleistungsgewerbe aus. Hier planen 13,5 Prozent der Unternehmen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Allerdings bleiben auch viele Dienstleistungsunternehmen zurückhaltend: Knapp jedes fünfte Unternehmen (19,6 Prozent) rechnet mit einem Rückgang der Beschäftigtenzahl.

2.5 Investitionen

Die Investitionsbereitschaft im Mittelstand ist auf einen historischen Tiefstand gesunken. Nur noch 29,1 Prozent der Unternehmen planen Investitionen. 2017 lag dieser Anteil noch bei knapp 49 Prozent. Viele Unternehmen dürften geplante Investitionen aufschieben und zunächst eine Verbesserung der Wirtschaftslage abwarten.

Schwache Wirtschaftsprognosen bremsen Investitionen



Tab. 12: Investitionsbereitschaft

■	investitionsbereite Unternehmen
Verarb. Gewerbe	31,3 (43,0)
Baugewerbe	16,5 (23,1)
Handel	36,3 (18,4)
Dienstleistungen	30,4 (33,3)
Gesamt	**29,1 (29,7)**

Angaben in % der Befragten, ( ) = Vorjahresangaben

Lediglich im Handel zeigt sich nach dem Einbruch im Vorjahr wieder eine Belebung der Investitionstätigkeit. 36,3 Prozent der Befragten planen hier Investitionen – im Vorjahr waren es nur 18,4 Prozent.

Im Baugewerbe hat sich die Investitionsneigung hingegen weiter verringert. Nur noch etwa jedes sechste Unternehmen (16,5 Prozent) plant hier Investitionen.

Bereits im Vorjahr hatte die Investitionsbereitschaft auf niedrigem Niveau gelegen. Im Dienstleistungsgewerbe ist die Investitionsneigung nur leicht gesunken – eine Belebung ist jedoch auch hier nicht erkennbar. Im Verarbeitenden Gewerbe ging der Anteil der investierenden Unternehmen deutlich zurück: von 43,0 Prozent im Vorjahr auf aktuell 31,3 Prozent.

Tab. 13: Investitionsarten

■	Erweiterung	Rationalisierung	Ersatz	Erwerb / Beteiligung an Unternehmen
Verarb. Gewerbe	52,4 (50,0)	66,7 (50,0)	57,1 (59,5)	4,8 (4,8)
Baugewerbe	38,5 (38,9)	30,8 (33,3)	69,2 (72,2)	0,0 (5,6)
Handel	56,8 (33,3)	32,4 (38,1)	67,6 (61,9)	16,2 (4,8)
Dienstleistungen	42,2 (40,5)	31,1 (23,8)	68,9 (64,3)	4,4 (16,7)
Gesamt	**48,3 (42,3)**	**37,9 (36,6)**	**66,4 (63,4)**	**7,8 (8,9)**

Angaben in % der Befragten, Mehrfachnennungen möglich
( ) = Vorjahresangaben

Ersatzinvestitionen planen 66,4 Prozent der investierenden Unternehmen – ein etwas höherer Anteil als im Vorjahr (63,4 Prozent). Auch Erweiterungsinvestitionen wurden etwas häufiger genannt als im Vorjahr. Knapp die Hälfte der Befragten (48,3 Prozent) beabsichtigt, solche Investitionen durchzuführen. Am höchsten ist der Anteil im Handel (56,8 Prozent), gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe (52,4 Prozent).

Die Ergebnisse legen nahe, dass zwar insgesamt nur wenige mittelständische Unternehmen investieren wollen, ein Teil von ihnen aber dennoch Kapazitätserweiterungen plant. Darüber hinaus sehen 37,9 Prozent der Befragten Rationalisierungsinvestitionen vor – beispielsweise um den steigenden Kosten entgegenzuwirken.

Tab. 14: Gründe für ein Scheitern bzw. eine Zurückstellung des Investitionsvorhabens

■	
unsichere Aussichten	38,1 (46,1)
keine Notwendigkeit	33,6 (31,9)
fehlende Liquidität	13,5 (10,6)
anhaltende Inflation	4,0 (4,3)
strenge Kreditkonditionen	1,3 (1,6)
steigende Zinsen	2,7 (1,6)
Sonstiges	6,7 (3,9)

Angaben in % der Befragten, keine Investitionsbereitschaft = 100

Ein wichtiger Grund für aufgeschobene oder unterlassene Investitionen sind die unsicheren Konjunkturaussichten (38,1 Prozent). Bei der aktuellen Befragung wurde zudem häufiger keine Notwendigkeit für ein Investitionsvorhaben gesehen (33,6 Prozent).

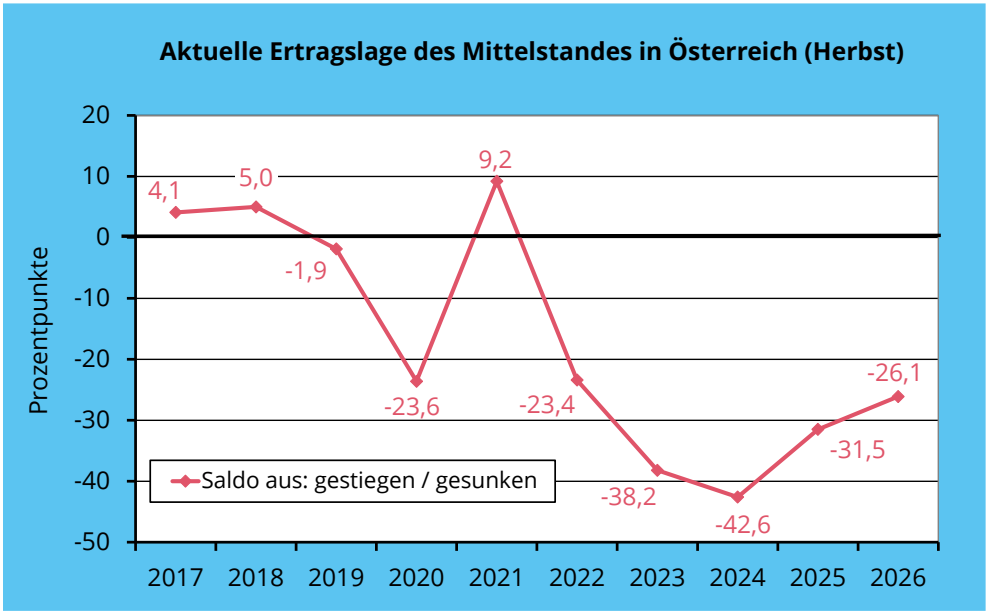
■ 3 Die Finanzierung des Mittelstandes

3.1 Erträge

Nur eine Minderheit verzeichnet Gewinnsteigerungen

Die Ertragslage bleibt für den Mittelstand ein Sorgenkind. Nur eine Minderheit der befragten Unternehmen (14,7 Prozent) meldete gestiegene Erträge. Mehr als 40 Prozent mussten hingegen Ertragseinbußen hinnehmen. Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Erträgen verbesserte sich zwar leicht auf minus 26,1 Punkte, bleibt damit aber weiterhin deutlich im negativen Bereich.

Im Verarbeitenden Gewerbe mussten 44,8 Prozent der Befragten Ertragsrückgänge hinnehmen – deutlich mehr als im Vorjahr (35,0 Prozent). Ähnlich hoch war der Anteil der Unternehmen mit Ertragseinbußen im Baugewerbe und im Handel: Dort waren 44,7 beziehungsweise 45,1 Prozent betroffen. Im Dienstleistungsgewerbe entwickelte sich die Ertragslage hingegen günstiger. Der Anteil der Unternehmen mit Ertragsrückgängen sank von 42,1 auf 33,8 Prozent.



Tab. 15: Ertragslage

■	gestiegen	gleich-geblieben	gesunken
Verarb. Gewerbe	16,4 (12,0)	26,9 (47,0)	44,8 (35,0)
Baugewerbe	8,2 (6,4)	37,6 (39,7)	44,7 (47,4)
Handel	12,7 (7,0)	29,4 (39,5)	45,1 (45,6)
Dienstleistungen	18,9 (15,9)	31,8 (32,5)	33,8 (42,1)
Gesamt	**14,7 (10,8)**	**31,6 (39,2)**	**40,8 (42,3)**

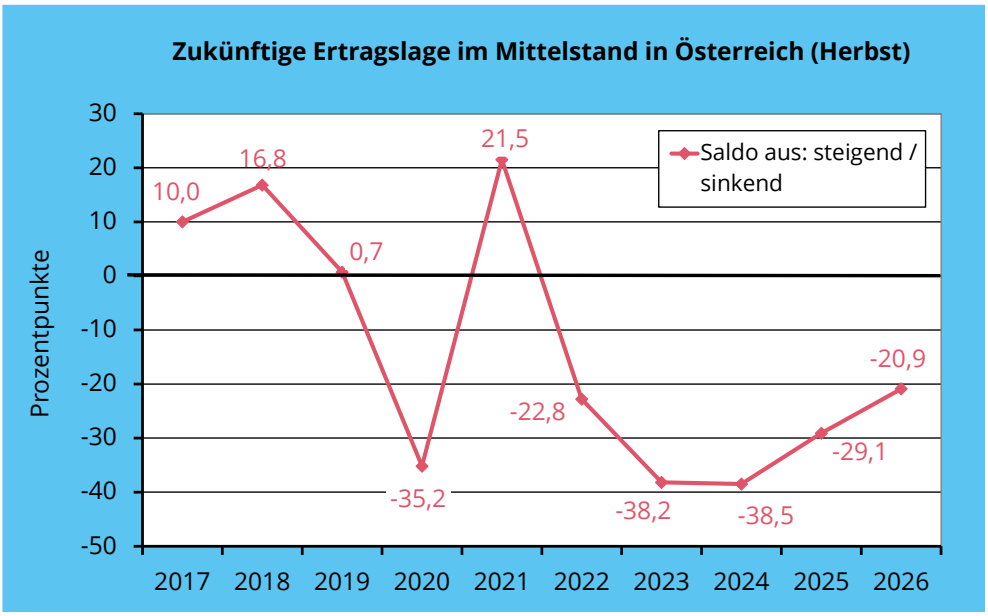
Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Ertragssteigerungen wurden hingegen nur selten gemeldet. Im Dienstleistungsgewerbe verzeichneten immerhin 18,9 Prozent der Unternehmen höhere Erträge, im Verarbeitenden Gewerbe waren es 16,4 Prozent. Auch im Baugewerbe und im Handel stieg der Anteil der Unternehmen mit Ertragszuwächsen leicht an, bleibt jedoch auf niedrigem Niveau.

Ertragserwartungen: Seit 2022 überwiegt der Pessimismus

Die Ertragsaussichten bleiben verhalten. Für eine deutliche Verbesserung fehlen derzeit die konjunkturellen Impulse. 37,3 Prozent der Befragten erwarten im kommenden Halbjahr sinkende Gewinne und zeigen sich damit pessimistisch. Gegenüber dem Vorjahreswert von 44,7 Prozent ist der Anteil der Pessimisten jedoch zurückgegangen. Mit steigenden Erträgen rechnet nur etwa jedes sechste Unternehmen (16,4 Prozent). Der Saldo der Ertragserwartungen

liegt somit bereits das fünfte Jahr in Folge im negativen Bereich.



Tab. 16: Voraussichtliche Erträge

■	steigend	gleich-bleibend	sinkend
Verarb. Gewerbe	20,9 (19,0)	25,4 (32,0)	38,8 (43,0)
Baugewerbe	5,9 (11,5)	43,5 (38,5)	42,4 (44,9)
Handel	15,7 (15,8)	28,4 (25,4)	39,2 (50,0)
Dienstleistungen	20,9 (15,1)	27,0 (29,4)	32,4 (41,3)
Gesamt	**16,4 (15,6)**	**30,6 (30,6)**	**37,3 (44,7)**

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Im Dienstleistungsgewerbe zeichnet sich eine leichte Erholung ab: 20,9 Prozent der Unternehmen rechnen hier mit steigenden Erträgen (Vorjahr: 15,1 Prozent). Gleichzeitig erwartet noch knapp ein Drittel der Dienstleister (32,4 Prozent) Ertragseinbußen. Damit ist hier der Anteil der Pessimisten gegenüber dem Vorjahr (41,3 Prozent) zurückgegangen.

Weiterhin ausgeprägt ist die Skepsis im Baugewerbe. 42,4 Prozent der Betriebe rechnen hier mit sinkenden Erträgen, während lediglich 5,9 Prozent von Steigerungen ausgehen. Auch im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel überwiegen weiterhin die pessimistischen Erwartungen. Im Handel ist der Anteil

der Unternehmen, die mit Ertragsrückgängen rechnen, allerdings deutlich von 50,0 auf 39,2 Prozent gesunken. Eine Entwarnung lässt sich daraus jedoch nicht ableiten.

3.2 Eigenkapitalsituation

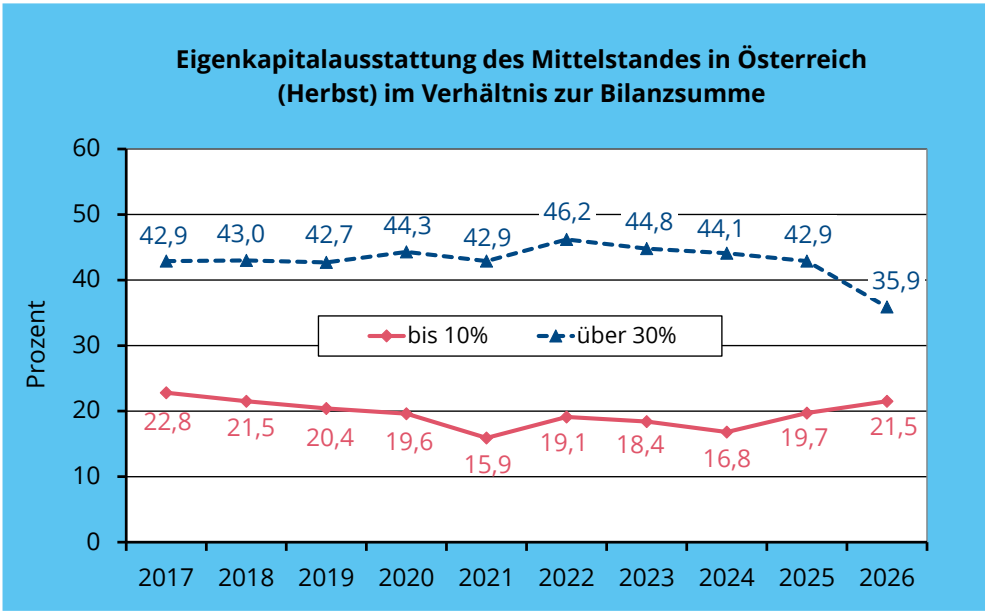
Das Eigenkapital wird knapp

Eine wachsende Zahl mittelständischer Unternehmen weist eine niedrige Eigenkapitalquote auf. Der Anteil der Unternehmen mit einer Eigenkapitalquote von unter 10 Prozent ist auf 21,5 Prozent gestiegen (Vorjahr: 19,7 Prozent). Das ist der höchste Wert seit 2018. Gleichzeitig sank der Anteil der eigenkapitalstarken Unternehmen mit einer Eigenkapitalquote von mehr als 30 Prozent. Nur noch 35,9 Prozent der Befragten verfügen über eine derart solide Eigenkapitalausstattung. Im Vorjahr lag dieser Anteil noch bei 42,9 Prozent.

Tab. 17: Höhe des Eigenkapitals

■	bis 10%	bis 20%	bis 30%	über 30%
Verarb. Gew.	19,0 (16,0)	24,1 (14,9)	17,2 (18,1)	39,7 (51,1)
Baugewerbe	20,5 (20,5)	31,5 (21,9)	19,2 (16,4)	28,8 (41,1)
Handel	19,5 (15,2)	19,5 (19,0)	20,7 (21,9)	40,2 (43,8)
Dienstleist.	24,6 (26,5)	23,0 (22,1)	17,2 (15,0)	35,2 (36,3)
Gesamt	**21,5 (19,7)**	**24,1 (19,5)**	**18,5 (17,9)**	**35,9 (42,9)**

Angaben in % der Befragten, ( ) = Vorjahresangaben



Besonders hoch ist der Anteil eigenkapitalschwacher Unternehmen im Dienstleistungsgewerbe: 24,6 Prozent weisen eine Eigenkapitalquote von unter 10 Prozent auf. Allerdings waren hier diesmal weniger Unternehmen betroffen als im Vorjahr. Im Handel und im Verarbeitenden Gewerbe nahm der Anteil der Unternehmen mit einer sehr niedrigen Eigenkapitalquote dagegen zu.

Der Anteil eigenkapitalstarker Unternehmen bleibt im Handel mit 40,2 Prozent vergleichsweise hoch, ist im Vergleich zum Vorjahr jedoch leicht gesunken. Auch im Dienstleistungsgewerbe war ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Deutlich stärker fiel die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe und im Bausektor aus: Dort sank der Anteil der eigenkapitalstarken Unternehmen um jeweils mehr als 10 Prozentpunkte. Die jahrelange Wachstumsschwäche dürfte sich zunehmend in der Eigenkapitalausstattung niederschlagen und die Rücklagen der Unternehmen schrumpfen lassen.

3.3 Insolvenzen im Mittelstand

Insolvenzzahlen stagnieren

Zwischen Jänner und September 2026 wurden in Österreich pro Werktag mehr als 20 Unternehmensinsolvenzen registriert. In den ersten neun Monaten des Jahres mussten insgesamt 5.115 Unternehmen Insolvenz anmelden. Damit blieb die Zahl nahezu auf Vorjahresniveau und ging lediglich um 0,8 Prozent zurück. Ein weiterer Anstieg ist somit vorerst ausgeblieben. Allerdings liegen die Insolvenzzahlen weiterhin deutlich über dem Niveau früherer Jahre. Im Vergleichszeitraum 2023 wurden beispielsweise nur rund 4.000 Unternehmensinsolvenzen registriert.

Tab. 18: Insolvenzen nach Branchen 1. bis 3. Quartal 2026

■	Insolvenzen (absolut)	Veränderung (in Prozent)
Sachgütererzeugung	288 (311)	- 7,4
Bauwesen	666 (648)	+ 2,8
Handel	757 (817)	- 7,3
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	620 (589)	+ 5,3
Verkehr und Nachrichtenübermitt-lung	481 (542)	- 11,3
Kredit- und Versicherungswesen	145 (172)	- 15,7
unternehmensbezogene Dienstleistungen	889 (892)	- 0,3
Sonstige	1.269 (1.185)	+ 7,1
Gesamt	**5.115 (5.156)**	**- 0,8**

( ) = 1.-3. Quartal 2025

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich. Entgegen dem allgemeinen Trend stiegen die Insolvenzzahlen unter anderem im Beherbergungs- und Gaststättenwesen um 5,3 Prozent sowie im Bauwesen um 2,8 Prozent. Deutliche Rückgänge verzeichneten hingegen das Kredit- und Versicherungswesen (minus 15,7 Prozent) sowie der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (minus 11,3 Prozent). Auch in der Sachgütererzeugung (minus 7,4 Prozent) und im Handel (minus 7,3 Prozent) gingen die Insolvenzzahlen gegenüber dem Vorjahr zurück.

Regional entwickelten sich die Insolvenzzahlen sehr unterschiedlich. In Vorarlberg stiegen sie deutlich um 48,6 Prozent. Nicht so stark fiel der Anstieg in Kärnten mit 14,0 und der Steiermark mit 13,4 Prozent aus. Auch in Niederösterreich nahm die Zahl der Unternehmensinsolvenzen zu (plus 6,9 Prozent). Deutlich rückläufig waren die Insolvenzzahlen hingegen in Tirol (minus 33,4 Prozent). Auch Salzburg und das Burgenland verzeichneten zweistellige Rückgänge. Gemessen an den absoluten Zahlen entfielen die meisten Fälle auf Wien: Von Jänner bis September mussten dort 1.885 Unternehmen Insolvenz anmelden.

Tab. 19: Unternehmensinsolvenzen nach Bundesländern 1. bis 3. Quartal 2026

■	Insolvenzen (absolut)	Veränderung (in Prozent)
Wien	1.885 (1.938)	- 2,7
Niederösterreich	866 (810)	+ 6,9
Burgenland	138 (158)	- 12,7
Steiermark	619 (546)	+ 13,4
Kärnten	334 (293)	+ 14,0
Oberösterreich	585 (601)	- 2,7
Salzburg	287 (337)	- 14,8
Tirol	245 (368)	- 33,4
Vorarlberg	156 (105)	+ 48,6

( ) = 1.-3. Quartal 2025

Tab. 20: Insolvenzbetroffenheit des Mittelstandes als Gläubiger

■	von keiner	von einer	von zwei	von drei	von mehr als drei
	52,2 (52,2)	22,3 (17,9)	12,6 (14,0)	5,3 (7,4)	7,6 (8,4)

Angaben in % der Befragten, ( ) Vorjahresangaben

Der Mittelstand ist häufig auch als Gläubiger von Unternehmensinsolvenzen betroffen, etwa wenn gelieferte Waren oder erbrachte Leistungen nicht bezahlt werden. 22,3 Prozent der befragten Unternehmen verzeichneten in den vergangenen zwölf Monaten einen Forderungsausfall aufgrund der Insolvenz eines Geschäftspartners (Vorjahr: 17,9 Prozent). Weitere 12,6 Prozent waren von zwei Insolvenzfällen betroffen (Vorjahr: 14,0 Prozent). 7,6 Prozent der Befragten berichteten von mehr als drei solcher Fälle (Vorjahr: 8,4 Prozent).

Die Forderungsausfälle beliefen sich in vielen Fällen auf weniger als 5.000 Euro. Bei jedem fünften betroffenen Unternehmen lagen sie allerdings bereits zwischen 10.000 und 50.000 Euro. Als wichtigste Ursachen für Unternehmensinsolvenzen nennen die befragten mittelständischen Unternehmen vor allem die allgemeine Wirtschaftslage (80,5 Prozent), gefolgt von Managementfehlern (58,9 Prozent). Auch der Ka-

pitalmangel und der zunehmende Wettbewerbsdruck werden von den Befragten als Faktoren angesehen, die Unternehmen in die Insolvenz treiben können.

Tab. 21: Ursachen für Unternehmensinsolvenzen

■	
allgemeine Wirtschaftslage	80,5 (82,7)
Managementfehler	58,9 (57,4)
Kapitalmangel	45,9 (51,6)
Wettbewerb	30,5 (21,4)
Missbrauch	15,4 (16,5)
Covid-19-Pandemie	8,3 (12,9)

Angaben in % der Befragten, Mehrfachnennungen möglich
( ) = Vorjahresangaben

3.4 Zahlungsweise der Kunden

Forderungslaufzeiten legen zu

Das Zahlungsverhalten der Kunden hat sich in den vergangenen Monaten leicht verschlechtert. Zwar erhielten 76,8 Prozent der befragten Unternehmen die Zahlungen für gelieferte Waren oder erbrachte Leistungen innerhalb von 30 Tagen, zugleich berichteten die Mittelständler jedoch häufiger von längeren Zahlungsfristen: 5,5 Prozent erhielten ihr Geld erst nach 60 bis 90 Tagen, bei 3,2 Prozent dauerte es länger als 90 Tage. Insgesamt deutet dies auf tendenziell längere Forderungslaufzeiten hin. Besonders bei Zahlungsfristen von mehr als 60 Tagen zeigten sich überdurchschnittlich häufig Verschlechterungen im Dienstleistungssektor. Dort stieg der Anteil der betroffenen Unternehmen von 5,4 auf 9,8 Prozent. Im Baugewerbe ging er hingegen von 12,6 auf 9,7 Prozent zurück.

Tab. 22: Zahlungseingang aller Kunden

■	bis 30 Tage	bis 60 Tage	bis 90 Tage	über 90 Tage
Verarb. Gew.	72,3 (73,7)	18,8 (21,5)	5,0 (3,1)	4,0 (1,8)
Baugewerbe	75,3 (66,5)	14,9 (21,0)	6,5 (11,2)	3,2 (1,4)
Handel	79,8 (82,1)	14,4 (13,1)	4,6 (2,1)	1,3 (2,6)
Dienstleist.	77,7 (79,2)	12,5 (15,5)	5,8 (3,9)	4,0 (1,5)
Gesamt	**76,8 (76,1)**	**14,6 (17,4)**	**5,5 (4,7)**	**3,2 (1,8)**

Angaben in % der Befragten, ( ) Vorjahresangaben

Mehr große Zahlungsausfälle

Nur wenige mittelständische Unternehmen blieben von Zahlungsausfällen verschont. In den meisten Fällen hielt sich deren Ausmaß jedoch in Grenzen. 28,4 Prozent der Befragten verzeichneten Forderungsausfälle von bis zu 0,1 Prozent des Umsatzes. Bei weiteren 14,7 Prozent beliefen sich die Ausfälle auf bis zu 0,5 Prozent des Umsatzes. Jeder zehnte Befragte musste Forderungsausfälle von mehr als 1,0 Prozent des Umsatzes abschreiben. Damit lag dieser Anteil über dem Vorjahreswert.

Tab. 23: Höhe der durchschnittlichen Forderungsverluste im Verhältnis zum Umsatz

■	keine Forderungs-verluste	bis 0,1%	bis 0,5%	bis 1,0%	über 1,0%
Verarb. Gew.	22,4 (20,0)	23,9 (27,0)	14,9 (21,0)	14,9 (12,0)	4,5 (8,0)
Baugewerbe	15,3 (14,1)	23,5 (23,1)	18,8 (17,9)	14,1 (21,8)	17,6 (12,8)
Handel	12,7 (12,3)	38,2 (33,3)	10,8 (17,5)	11,8 (14,9)	9,8 (8,8)
Dienstleist.	23,6 (20,6)	26,4 (27,8)	14,9 (13,5)	6,8 (15,9)	8,1 (6,3)
Gesamt	**18,9 (17,0)**	**28,4 (28,2)**	**14,7 (17,2)**	**10,9 (15,8)**	**10,0 (8,6)**

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Besonders stark vom Anstieg hoher Zahlungsausfälle betroffen war das Baugewerbe. Dort meldeten 17,6 Prozent der befragten Unternehmen Forderungsverluste von mehr als 1,0 Prozent des Umsatzes (Vorjahr: 12,8 Prozent). Auch im Handel und im Dienstleistungsgewerbe nahm der Anteil der Unternehmen mit hohen Forderungsverlusten zu. Im Verarbeitenden Gewerbe waren größere Verluste hingegen seltener zu verzeichnen.

4 Einschätzung der Wirtschaftspolitik

Mittelstand unzufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung

Die von Creditreform befragten Unternehmen bewerteten die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung überwiegend kritisch. Mehr als die Hälfte der Befragten (56,5 Prozent) beurteilte sie negativ. Damit ist dieser Anteil gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Lediglich 2,5 Prozent der Unternehmen äußerten sich zufrieden und bewerteten die Regierungspolitik positiv.

Tab. 24: Beurteilung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung

■	positiv	neutral	negativ
Verarb. Gewerbe	3,0 (5,0)	26,9 (36,0)	53,7 (53,0)
Baugewerbe	1,2 (5,1)	25,9 (30,8)	64,7 (57,7)
Handel	2,0 (8,8)	25,5 (33,3)	56,9 (51,8)
Dienstleistungen	3,4 (4,8)	25,7 (31,7)	52,7 (50,0)
Gesamt	**2,5 (6,0)**	**25,9 (33,0)**	**56,5 (52,6)**

Angaben in % der Befragten, Rest o. A. ( ) Vorjahresangaben

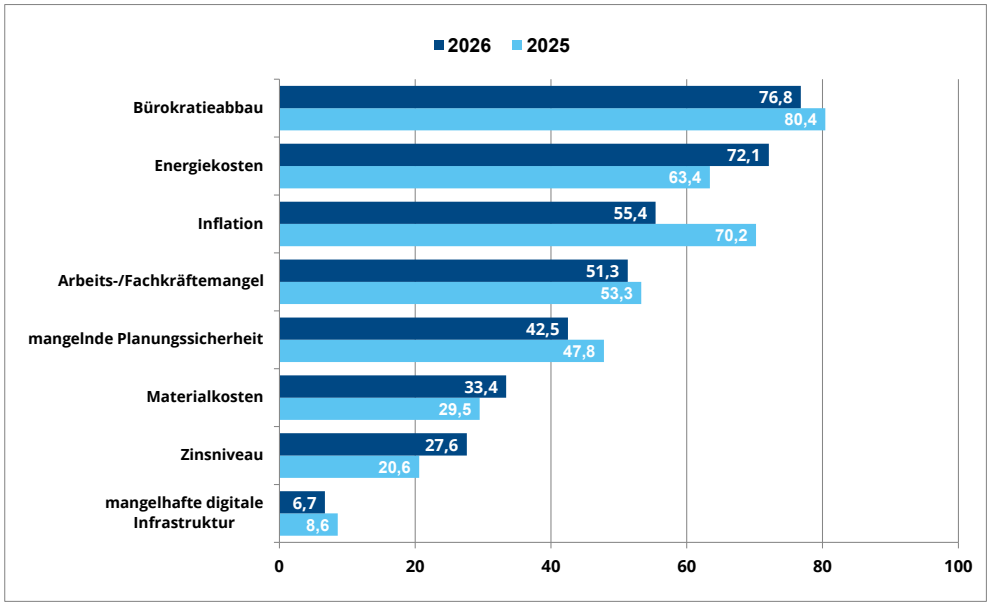
Besonders deutlich nahm die Kritik im Baugewerbe zu. Dort bewerteten 64,7 Prozent der Befragten die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung negativ. Damit lag der Anteil erneut über dem Vorjahreswert von 57,7 Prozent. Auch im Handel und im Dienstleistungssektor stieg die Unzufriedenheit.

Mittelstand fordert Senkung der hohen Energiekosten

Aus Sicht des Mittelstandes besteht aktuell vor allem beim Bürokratieabbau (76,8 Prozent) und bei den Energiekosten (72,1 Prozent) dringender politischer Handlungsbedarf. Der Bürokratieabbau hat damit weiterhin höchste Priorität. Zugleich gewinnt das Thema Energiekosten deutlich an Bedeutung.

Weniger stark als im Vorjahr wurden die Inflation und der Fachkräftemangel als wirtschaftspolitische Herausforderungen gewichtet. Letzterer bleibt für 51,3 Prozent der Unternehmen ein wichtiges Anliegen. Im Jahr 2024 waren es sogar noch 63,7 Prozent.

Wichtigste wirtschaftspolitische Themen



Angaben in % der Befragten (Mehrfachnennungen möglich)

Wieder stärker in den Fokus rücken im Mittelstand hingegen das Zinsniveau sowie die Material- und Rohstoffkosten. In diesen Bereichen haben sich die Rahmenbedingungen für die Unternehmen zuletzt offenbar verschlechtert.

Vergleich zwischen Alt und Jung

Betrachtet man das Alter der befragten Unternehmen, ergeben sich teils unterschiedliche Auffassungen über die wirtschaftspolitische Agenda. So fordern jüngere Unternehmen im Alter von bis zu zehn Jahren häufiger Schritte gegen die hohen Energiekosten, während sie weniger stark auf Bürokratieabbau drängen als ältere Firmen. Auch das Zinsniveau spielt für jüngere Unternehmen eine bedeutendere Rolle – wahrscheinlich, weil sie stärker als schon etablierte Unternehmen auf Fremdfinanzierungen angewiesen sind. Dagegen wiegt für Firmen, die bereits mehr als zehn Jahre am Markt sind, das Fachkräfteproblem schwerer. Offenbar haben diese Unternehmen mehr Schwierigkeiten, geeignete Fachkräfte zu rekrutieren.

Tab. 25: Wichtigste wirtschaftspolitische Themen nach Alter des Unternehmens

■	bis 10 Jahre	über 10 Jahre
Bürokratieabbau	65,9	78,8
Energiekosten	75,0	71,7
Inflation	61,4	54,3
Arbeits-/Fachkräftemangel	43,2	53,2
mangelnde Planungssicherheit	40,9	42,7
Materialkosten	31,8	33,4
Zinsniveau	34,1	26,6
mangelhafte digitale Infrastruktur	4,5	7,2
Sonstiges	9,1	8,9

Angaben in % der Befragten (Mehrfachnennungen möglich)

■ 5 Zusammenfassung

Der österreichische Mittelstand steht weiterhin vor erheblichen wirtschaftlichen Herausforderungen. Die Ergebnisse der Creditreform Befragung zeigen, dass viele Unternehmen mit finanziellen Belastungen, zunehmenden Zahlungsausfällen und schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konfrontiert sind. Gleichzeitig wächst die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Besonders dringlich sind aus Sicht der Unternehmen Maßnahmen zum Bürokratieabbau und zur Senkung der Energiekosten.

Im Herbst 2026 ist die wirtschaftliche Situation für zahlreiche mittelständische Unternehmen angespannt. Das Creditreform Klimabarometer liegt mit einem aktuellen Wert von minus 3,0 Punkten (Herbst 2025: minus 8,2 Punkte) weiterhin im negativen Bereich.

Der prognostizierte Konjunkturaufschwung dürfte am Mittelstand weitgehend vorbeigehen. Die Geschäftserwartungen der kleinen und mittleren Unternehmen bleiben pessimistisch. Der Index der Geschäftserwartungen liegt bei minus 4,6 Punkten. Lediglich im Verarbeitenden Gewerbe haben sich die

Erwartungen wieder leicht in den positiven Bereich bewegt.

Umsatzrückgänge und verhaltene Erwartungen prägen die Entwicklung vieler Betriebe. 30,6 Prozent der Befragten verzeichneten zuletzt Umsatzrückgänge. Umsatzsteigerungen blieben hingegen die Ausnahme: Lediglich 20,4 Prozent der Unternehmen meldeten ein Umsatzplus. Auch mit Blick auf die weitere Umsatzentwicklung bleibt der Mittelstand skeptisch. Nur 17,2 Prozent der Befragten rechnen mit steigenden Umsätzen. Mit minus 6,7 Punkten ist der Saldo aus optimistischen und pessimistischen Erwartungen in diesem Bereich weiterhin negativ. Nennenswerte Wachstumsimpulse sind daher vorerst nicht zu erwarten.

Auch am Arbeitsmarkt zeigt sich die schwierige Lage. Die Unternehmen agieren bei der Personalplanung vorsichtig – auch im Mittelstand kommt es zu Beschäftigungsabbau. Jedes vierte befragte Unternehmen (25,1 Prozent) meldete einen Rückgang des Personalbestands. Davon ist vor allem das Verarbeitende Gewerbe betroffen. In den kommenden Monaten dürften kaum neue Stellen im Mittelstand entstehen. Neueinstellungen planen lediglich 9,5 Prozent der Befragten. Bei der Mehrheit der Unternehmen (54,2 Prozent) soll der Personalbestand unverändert bleiben.

Die Investitionsbereitschaft des Mittelstandes wird durch die unsicheren Rahmenbedingungen gebremst. Nur noch 29,1 Prozent der Unternehmen planen Investitionen. 2017 lag dieser Anteil noch bei knapp 49 Prozent. Lediglich im Handel zeichnet sich nach dem Einbruch im Vorjahr eine leichte Belebung der Investitionstätigkeit ab.

Auch die Ertragslage stellt viele Unternehmen vor Herausforderungen. Steigende Kosten und anhaltender Wettbewerbsdruck erschweren es ihnen, ausreichende Gewinne zu erwirtschaften. Nur eine Minderheit der befragten Unternehmen (14,7 Prozent) mel-

dete in den vergangenen Monaten gestiegene Erträge. Gut 40 Prozent mussten hingegen Ertragseinbußen hinnehmen.

Eine solide Eigenkapitalausstattung bleibt ein wichtiger Faktor, um wirtschaftliche Schwächephasen zu überstehen und die Finanzierung des laufenden Geschäfts sicherzustellen. Allerdings weist eine wachsende Zahl mittelständischer Unternehmen eine zu niedrige Eigenkapitalquote auf. Der Anteil der Unternehmen mit einer Eigenkapitalquote von unter 10 Prozent ist auf 21,5 Prozent gestiegen (Vorjahr: 19,7 Prozent). Dies ist der höchste Wert seit 2018. Gleichzeitig sank der Anteil der eigenkapitalstarken Unternehmen (35,9 Prozent; Vorjahr: 42,9 Prozent).

Zwischen Jänner und September 2026 wurden in Österreich insgesamt 5.115 Unternehmensinsolvenzen registriert. Damit blieb die Zahl nahezu auf Vorjahresniveau und ging lediglich um 0,8 Prozent zurück. Die Insolvenzzahlen liegen jedoch weiterhin deutlich über dem Niveau früherer Jahre. Entgegen dem allgemeinen Trend stiegen die Zahlen im Beherbergungs- und Gaststättenwesen sowie im Baugewerbe.

Unternehmensinsolvenzen wirken sich nicht nur auf die betroffenen Betriebe aus, sondern können auch deren Geschäftspartner erheblich belasten. 22,3 Prozent der befragten Unternehmen verzeichneten innerhalb der vergangenen zwölf Monate einen Forderungsausfall infolge der Insolvenz eines Geschäftspartners. Weitere 12,6 Prozent berichteten von zwei Insolvenzfällen, während 7,6 Prozent mehr als drei Fälle nannten.

Auch das Zahlungsverhalten der Kunden hat sich zuletzt leicht verschlechtert. Zwar erhielten 76,8 Prozent der befragten Unternehmen ihre Zahlungen innerhalb von 30 Tagen, gleichzeitig berichteten aber 5,5 Prozent von Zahlungseingängen nach 60 bis 90 Tagen und 3,2 Prozent von noch längeren Zahlungsfristen.

Jedes zehnte befragte Unternehmen musste Forderungsausfälle von mehr als 1,0 Prozent des Umsatzes in Kauf nehmen. Besonders deutlich verschärfte sich die Situation im Baugewerbe: Dort stieg der Anteil der Unternehmen mit entsprechend hohen Verlusten von 12,8 auf 17,6 Prozent.

Die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung fällt gering aus. 56,5 Prozent der Befragten bewerteten diese negativ (Vorjahr: 52,6 Prozent). Lediglich 2,5 Prozent äußerten sich positiv. Besonders ausgeprägt war die Kritik im Baugewerbe: Dort stieg der Anteil negativer Bewertungen von 57,7 auf 64,7 Prozent.

Den größten politischen Handlungsbedarf sieht der Mittelstand beim Bürokratieabbau, den 76,8 Prozent der Befragten nannten. Knapp dahinter folgen die Energiekosten mit 72,1 Prozent. Insbesondere die Bedeutung der Energiekosten hat zuletzt deutlich zugenommen. Inflation und Fachkräftemangel nannten die Unternehmen dagegen seltener als im Vorjahr als vordringliche Herausforderungen.

Dabei fordern jüngere Unternehmen überdurchschnittlich häufig Maßnahmen gegen hohe Energiekosten, während sie dem Bürokratieabbau weniger Bedeutung beimessen als ältere Firmen. Auch das Zinsniveau spielt für jüngere Unternehmen eine größere Rolle, da sie stärker auf Fremdfinanzierungen angewiesen sind. Ältere Unternehmen halten dagegen Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel für wichtiger.

6 Basis der Untersuchung

Unter kleinen und mittleren Betrieben sind Unternehmen in einer Größenklasse mit bis zu 500 Beschäftigten zu verstehen. Dabei liegen die durchschnittlichen Mitarbeiterzahlen im industriellen Bereich höher als bei Dienstleistern und Handel. Entscheidender für die Definition eines Betriebes als

mittelständisch ist jedoch die Personalunion von Geschäftsführer und Inhaber.

Im Sinne der vorgenannten Begriffsbestimmung wurden Unternehmen in Österreichs Mittelstand befragt. Die Stichprobenergebnisse wurden gemäß Wirtschaftsstruktur der OECD hochgerechnet. Die Rücksendefrist der Fragebögen endete im September 2026. Die weiteren Strukturmerkmale der befragten Betriebe ergeben sich aus den folgenden Aufschlüsselungen.

Folgende Branchen haben sich an der Umfrage beteiligt:

Verarbeitendes Gewerbe

- Chemische Industrie (einschl. Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung)
- Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe
- Eisen- und NE-Metallerzeugung/-verarbeitung, Gießerei und Stahlverformung sowie Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau
- Elektrotechnik, Feinmechanik/Optik, Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
- Holz-, Papier- und Druckgewerbe
- Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe
- Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

Baugewerbe

- Bauhauptgewerbe
- Ausbau- und Bauhilfsgewerbe

Großhandel

- Investitionsgüter
- Konsumgüter

Einzelhandel

- Gebrauchsgüter
- Verbrauchsgüter

Dienstleistungen

- Spedition, Lagerei
- Gebäudereinigung
- Abfall- und Abwasserbeseitigung
- Technische Beratung und Planung
- Datenverarbeitung
- Beherbergungsgewerbe
- Gaststättengewerbe
- Finanzdienstleister
- sonstige Unternehmen und freie Berufe

Tab. 26: Anzahl der Beschäftigten

■	1 – 5	6,0
	6 – 10	16,9
	11 – 20	31,8
	21 – 50	25,9
	51 – 100	12,7
	101 – 250	4,0
	251 – 500	2,0

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Tab. 27: Sitz des Unternehmens

■	Wien	18,7
	Niederösterreich	22,6
	Burgenland	4,2
	Oberösterreich	15,9
	Steiermark	13,2
	Kärnten	3,7
	Salzburg	8,0
	Tirol	9,0
	Vorarlberg	4,7

Angaben in % der Befragten

Tab. 28: Rechtsform des Unternehmens

■	Einzelkaufmann	8,2
	OG	0,5
	KG	2,7
	GmbH	78,9
	GmbH & Co. KG	5,7
	AG	1,0
	Sonstige	3,0

Angaben in % der Befragten

Durchgeführt von:

Creditreform Wirtschaftsauskunftei
Kubicki KG
Muthgasse 36-40 / Bauteil 4
A – 1190 Wien
E-Mail: g.weinhofer@wien.creditreform.de

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung
Hammfelddamm 13, D – 41460 Neuss
Leitung: Patrik-Ludwig Hantzsch
Telefon: 0049 / 2131 109-172
E-Mail: p.hantzsch@verband.creditreform.de

Alle Rechte vorbehalten

© 2026, Verband der Vereine Creditreform e.V., Hammfelddamm 13, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e. V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Wien, 18. November 2026